

Indikatoren A: Kontext des Schul- und Bildungswesens

Stefan Vogtenhuber, Lorenz Lassnigg & Michael Bruneforth

A

Die Indikatoren zum Kontext des Schul- und Bildungswesens beschreiben Faktoren, die zwar außerhalb der Kontrolle der Akteurinnen und Akteure des Bildungssystems liegen, die aber wesentlichen Einfluss auf die Gestaltung des Bildungswesens haben und die Möglichkeiten der Bildungspolitik somit einschränken oder auch erweitern. Der Abschnitt beinhaltet Indikatoren zur Demografie, zum sozioökonomischen Hintergrund der Schüler/innen, inklusive des Bildungsstands der Eltern und des Migrationshintergrunds und zu den staatlichen Bildungsausgaben vor dem Hintergrund der wichtigsten volkswirtschaftlichen Indikatoren.

Indikator A1 beschreibt die demografische Struktur und Dynamik Österreichs. Die Faktoren wirken sich sowohl auf die verfügbaren Ressourcen als auch die Bildungsnachfrage aus. Während in vielen europäischen Ländern die Bevölkerung schrumpft, wird für Österreich mittel- und langfristig wieder mit einem Bevölkerungswachstum gerechnet, das hauptsächlich auf die Zuwanderung zurückzuführen ist. Damit wird auch eine weitere Verschiebung der Zusammensetzung der Schülerschaft einhergehen. Letztere wird im Indikator A2 thematisiert, der die familiäre und soziale Herkunft von Volksschulkindern beschreibt.

Die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft steht in engem Zusammenhang mit den Möglichkeiten und Grenzen bildungspolitischer Planung und Gestaltung. Kennzahl A3 zeigt die Entwicklung der staatlichen Bildungsausgaben in Relation zur wichtigsten Größe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) und zum gesamten Bereich der öffentlichen Finanzierung, den Staatsausgaben. Die Klassifizierung der Indikatoren zum Bildungsetat als Kontextindikator ist allerdings nicht unumstritten. Die Festlegung der Höhe der Bildungsausgaben ist das Ergebnis von Verhandlungen der Akteure des Bildungssystems, der Regierung als Ganzes und der Vertreterinnen und Vertreter der verantwortlichen Ministerien. Bildungsausgaben könnten daher als Inputindikator angesehen werden. Ausschlaggebend für die Einteilung als Kontextindikator ist, dass die Höhe des gesamten Budgets und der Staatseinnahmen nicht durch Akteurinnen und Akteure des Bildungssystems kontrolliert wird und damit eine äußere Begrenzung darstellt, an der sich alle weiteren bildungspolitischen Entscheidungen orientieren müssen.

A1 Demografische Entwicklung

Die demografische Struktur und Dynamik eines Landes ist ein wichtiger Kontextfaktor des Bildungswesens. In Verbindung mit den wirtschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen wirkt sie sich auf die verfügbaren Ressourcen und die Bildungsnachfrage aus. Während in vielen europäischen Ländern die Bevölkerung schrumpft, wird für Österreich mittel- und langfristig mit einem Bevölkerungswachstum gerechnet, das hauptsächlich auf die Zuwanderung zurückzuführen ist. Aktuelle Schätzungen zufolge werden im Jahr 2030 knapp 9 Mio. Menschen in Österreich ihren Wohnsitz haben. Die vorausgesagte Entwicklung ist von relativ stabilen Geburtenzahlen von jährlich rund 80.000 und einer leicht steigenden Gesamtfertilitätsrate gekennzeichnet, wobei das durchschnittliche Fertilitätsalter bis zum Jahr 2030 auf 31 Jahre ansteigen soll. Zwischen 2010 und 2030 soll die Lebenserwartung der Männer um fast fünf Jahre auf durchschnittlich 82,4 Jahre steigen, die der Frauen um fast vier Jahre auf 86,8 Jahre. Im Hauptszenario der Prognose liegen sowohl Bevölkerungswachstum als auch Zuwanderung im Bereich von rund 30.000 Personen jährlich (Tabelle A1.a). Der Anteil junger Menschen unter 29 Jahren an der Bevölkerung ist seit 1970 von 45 % auf 34 % im Jahr 2010 gefallen und wird bis 2030 auf 30 % sinken.

A1.1 Entwicklung in den bildungsspezifischen Altersgruppen

Mittelfristig wieder mehr Kinder im Volksschulalter

Die Entwicklung in den bildungsspezifischen Altersgruppen ist in Abbildung A1.a dargestellt. Seit 1970 sind aufgrund des Geburtenrückgangs die Altersgruppen im vorschulischen sowie im Pflichtschulbereich kleiner geworden. Insbesondere die Bevölkerung unter zehn Jahren ist deutlich geschrumpft und hat sich zwischen 1970 und 2010 jeweils um mehr als ein Drittel reduziert: Gab es 1970 noch 513.000 Kinder im regulären Volksschulalter, so waren es im Jahr 2010 nur noch 325.000, was einem Rückgang von 37 % entspricht. In weiterer Folge ist bis 2030 eine leichte Erholung in diesen Altersgruppen auf relativ stabilem Niveau prognostiziert.

Im Vergleich dazu fiel der Rückgang in der Altersgruppe zwischen 10 und 14 Jahren bis 2010 – auch bedingt durch die Zuwanderung – weniger stark aus. Die Gruppe der 15- bis 19-Jährigen war 2010 etwa gleich groß wie 1970 und die Gruppe der 20- bis 29-Jährigen war 2010 etwas größer als 1970. Jedoch werden in diesen Altersgruppen bis 2030 leichte Rückgänge erwartet. In den nächsten Jahren werden sich die demografischen Voraussetzungen für die verschiedenen Bereiche des Bildungswesens daher sehr unterschiedlich entwickeln. Im Bereich der Sekundarschulen ist bis 2020 mit deutlich weniger Schülerinnen und Schülern zu rechnen. Dann soll die Zahl der 10- bis 14-Jährigen auf 414.000 (2010: 441.000) und die Zahl der 15- bis 19-Jährigen auf 433.000 (2010: 498.000) gesunken sein. Dies erfordert einen entsprechenden bildungspolitischen Planungshorizont und bringt in verschiedenen Bereichen Wettbewerbssituationen zwischen den Schultypen mit sich.

Starke Rückgänge in der Gruppe der 15- bis 19-Jährigen erwartet

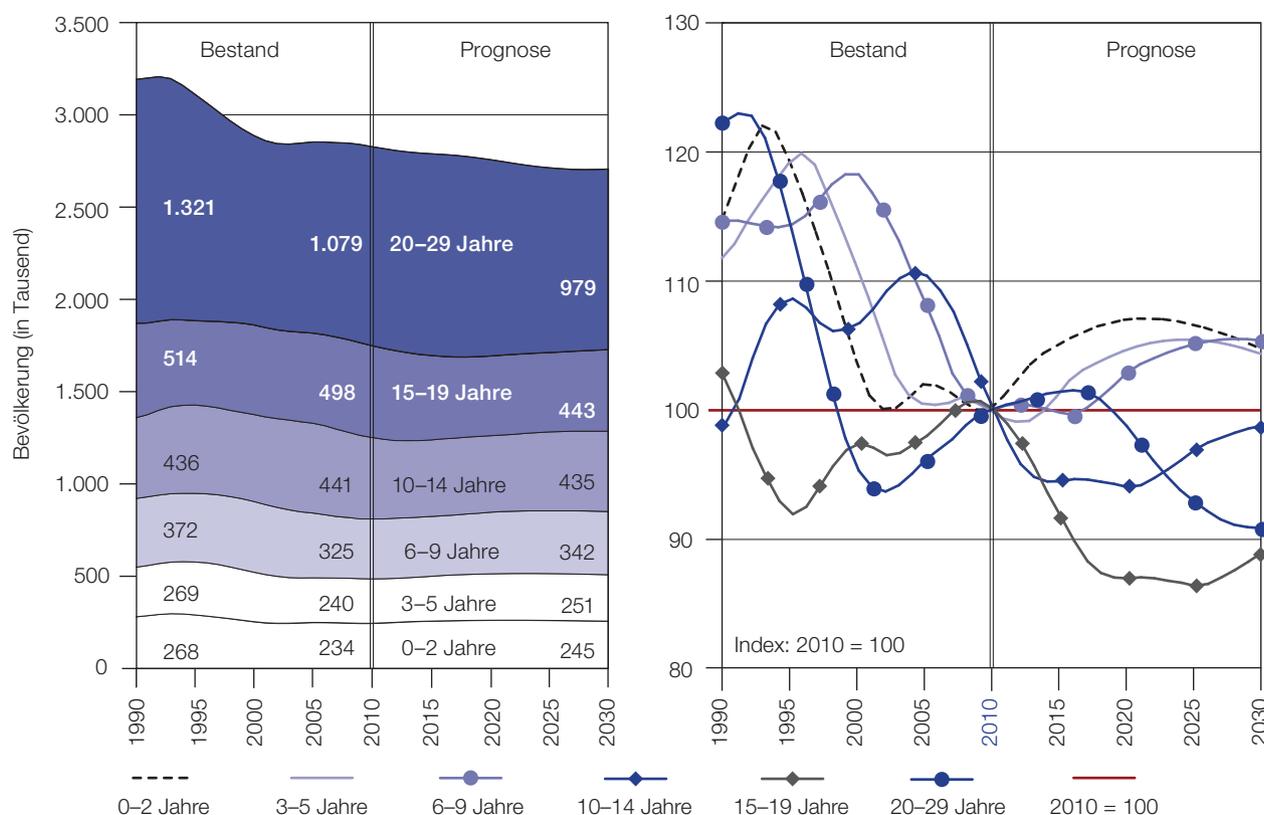
Im rechten Teil der Abbildung A1.a ist die Bevölkerungsentwicklung in den bildungsrelevanten Altersgruppen jeweils zur Basis des Jahres 2010 als Index abgetragen (2010 = 100). Die stärksten Veränderungen werden in der Altersgruppe der oberen Sekundarstufe erwartet. Bis etwa 2018 schrumpft diese Gruppe um knapp 15 %, um ab Mitte der 2020er Jahre wieder leicht zu wachsen. Auch eine weiter anhaltende Erhöhung der Bildungsbeteiligung nach der Pflichtschule kann diesen Rückgang nicht ausgleichen, weshalb den verschiedenen Schultypen und Schulformen künftig insgesamt weniger Schüler/innen zur Verfügung stehen werden. Dadurch erhöht sich der Anpassungs- und Konkurrenzdruck auf die bestehenden Strukturen entsprechend. Auch im unteren Sekundarschulbereich kommt es kurzfristig zu

Tabelle A1.a: Demografische Maßzahlen im Zeitverlauf (1970–2010, ab 2015 prognostizierte Werte)

Jahr	Geburten	Gesamtfertilitätsrate	Durchschnittliches Fertilitätsalter	Lebenserwartung (m/w)	Wanderungssaldo	Bevölkerungsveränderung	Bevölkerung (Jahresdurchschnitt)
1970	112.301	2,29	26,7	66,5 / 73,4	10.406	23.888	7.467.086
1975	93.757	1,83	26,3	67,7 / 74,7	-24.543	-26.827	7.578.903
1980	90.872	1,65	26,3	69,0 / 76,1	9.356	7.786	7.549.433
1985	87.440	1,47	26,7	70,4 / 77,3	5.641	3.503	7.564.984
1990	90.454	1,46	27,2	72,2 / 78,9	58.562	66.064	7.677.850
1995	88.669	1,42	27,7	73,3 / 80,0	2.080	9.578	7.948.278
2000	78.268	1,36	28,2	75,1 / 81,1	17.272	18.760	8.011.566
2005	78.190	1,41	29,0	76,7 / 82,2	44.332	47.333	8.225.278
2010	78.742	1,44	29,8	77,7 / 83,2	27.695	29.238	8.387.742
2015	80.561	1,45	30,1	79,0 / 84,2	35.012	36.985	8.559.728
2020	81.719	1,47	30,4	80,2 / 85,1	27.099	29.360	8.723.754
2025	80.973	1,48	30,7	81,3 / 86,0	26.931	26.791	8.864.392
2030	79.502	1,50	31,0	82,4 / 86,8	29.309	24.583	8.993.464

Quelle: Statistik Austria, Demografische Indikatoren, Wanderungsstatistik, Prognosen (Hauptszenario) ab 2015.

Abb. A1.a: Entwicklung der Bevölkerung zwischen 1990 und 2030 nach bildungsspezifischen Altersgruppen



Quelle: Statistik Austria, Berechnung und Darstellung: IHS.

einer weiteren demografischen Entlastung: Bis 2014 wird sich die Zahl der Schüler/innen auf knapp 95 % des Werts von 2010 reduzieren und dann etwa zehn Jahre auf diesem Niveau bleiben. Diese Entwicklungen ziehen ab 2020 auch einen relativ deutlichen Rückgang der 20- bis 29-jährigen Bevölkerung nach sich, die im Jahr 2030 etwa 90 % der Größe des Jahres 2010 haben soll. Bei den jüngeren Jahrgängen erwartet man in den nächsten Jahren jeweils zeitversetzt ein leichtes Wachstum, das sich aus heutiger Sicht im Prognosehorizont bei rund 5 % einpendeln wird. Dabei wird ab dem Jahr 2017 auch die Zahl der Volksschüler/innen nach dem verhältnismäßig starken Rückgang in den 2000er-Jahren wieder leicht anwachsen.

A1.2 Demografische Entwicklung nach Bundesländern und Altersgruppen – Entwicklungslinien und Prognosen bis 2030

Deutlich mehr
schulpflichtige Kinder in
Wien als in den anderen
Bundesländern

Die Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern wird sich den Prognosen zufolge sehr unterschiedlich gestalten. Abbildung A1.b zeichnet die entsprechenden Verläufe der Gruppen im schulpflichtigen Alter seit 1990 nach und gibt die Prognosen bis 2030 wieder. Im gesamten Bundesgebiet soll die Bevölkerung zwischen sechs und 14 Jahren mittelfristig schrumpfen. Nach einer Erholung soll ab 2025 wieder das Niveau von 2010 erreicht werden und anschließend leicht darüber liegen. Bis zum Jahr 2015 sind mit Ausnahme von Wien in allen Ländern Rückgänge in dieser Gruppe zu erwarten. Danach folgt in einigen Bundesländern wieder ein Wachstum, das in Niederösterreich – bedingt durch den Großraum Wien – vergleichsweise stark ist. Hier soll kurz nach 2020 das Niveau von 2010 wieder erreicht werden und 2030 rund 6 % darüber liegen. Im Burgenland und der Steiermark, wo der Rückgang bis 2010 gemeinsam mit Kärnten am stärksten ausgefallen ist, soll ebenso wie in Tirol im Jahr 2030 der Bevölkerungsstand von 2010 fast wieder erreicht werden. In Kärnten dagegen hält der sich verlangsamende Rückgang zwar bis 2020 an, um dann voraussichtlich auf diesem niedrigen Niveau zu verharren. Für Wien wird in den nächsten Jahren ein relativ starkes und beinahe lineares Wachstum in dieser Altersgruppe prognostiziert, wobei sich hier die Entwicklung seit 1990 fortsetzt. Unter Beibehaltung der derzeitigen Betreuungsverhältnisse in den Schulen bedeutet das einen erheblichen Bedarf an zusätzlicher Infrastruktur im Pflichtschulbereich bzw. in den NMS und AHS-Unterstufen. Darüber hinaus erfordert der weiter steigende Anteil an Kindern mit nicht deutscher Muttersprache entsprechende pädagogische Rahmenbedingungen (siehe Indikator B2).

Teilweise starke
Verkleinerung der 15- bis
29-jährigen Bevölkerung

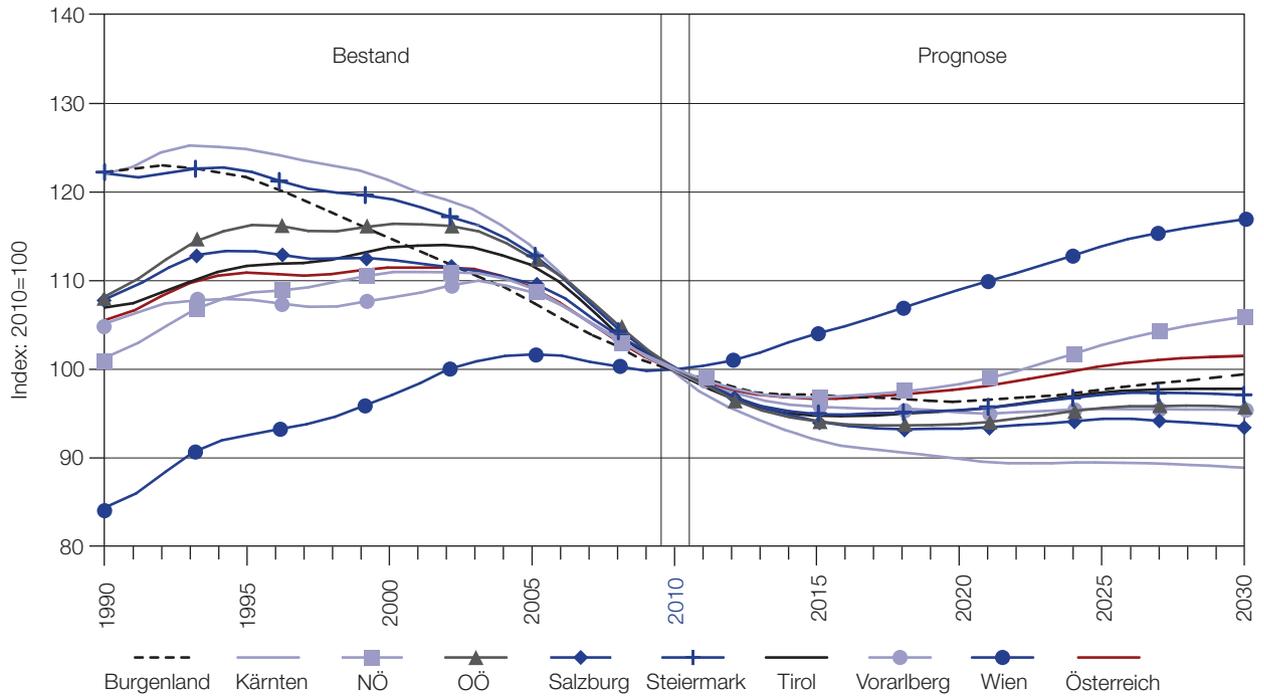
In der Bevölkerungsgruppe der 15- bis 29-Jährigen hat den Prognosen zufolge auch Wien bis 2025 leichte Rückgänge zu verzeichnen. Bundesweit soll die Bevölkerung dieses Alters bis 2030 um knapp 10 % schrumpfen, wobei die künftige Entwicklung in Wien und in den Bundesländern nicht so unterschiedlich verlaufen wird wie bei den Personen im schulpflichtigen Alter (siehe Abbildung A1.c). Allerdings war der Verlauf in den 2000er Jahren sehr unterschiedlich: In Wien wurde der starke Rückgang der 1990er-Jahre mehr als kompensiert, während in den anderen Bundesländern der Bevölkerungsstand im Jahr 2010 zwischen knapp 20 % und mehr als 30 % unter jenem von 1990 lag. Anhaltend starke Bevölkerungsverluste werden für Kärnten, die Steiermark und auch für Oberösterreich, Salzburg und Tirol erwartet. Im Burgenland, wo der Rückgang in den 1980er- und 1990er-Jahren wie in Kärnten besonders stark ausgefallen ist, soll die weitere Entwicklung etwas moderater ausfallen. Neben Wien werden für Niederösterreich und Vorarlberg die geringsten Verluste vorhergesagt, einerseits aufgrund der geografischen Nähe zu Wien und andererseits wegen der überdurchschnittlichen Zuwanderung.

A1.3 Zuwanderung

Trotz leicht steigender Geburtenzahlen hängt das Bevölkerungswachstum in Österreich eng mit der Zuwanderung zusammen. Abbildung A1.d zeigt die Wanderungsstatistik für das Jahr 2010, in dem 27.700 Personen mehr zu- als weggezogen sind. Der Großteil der Wanderungen fand innerhalb der EU statt, wobei das Wanderungssaldo von Staatsangehörigen der 12 neuen EU-Staaten (Beitritte ab 2004) mit 11.600 Personen etwas größer ist als jenes der

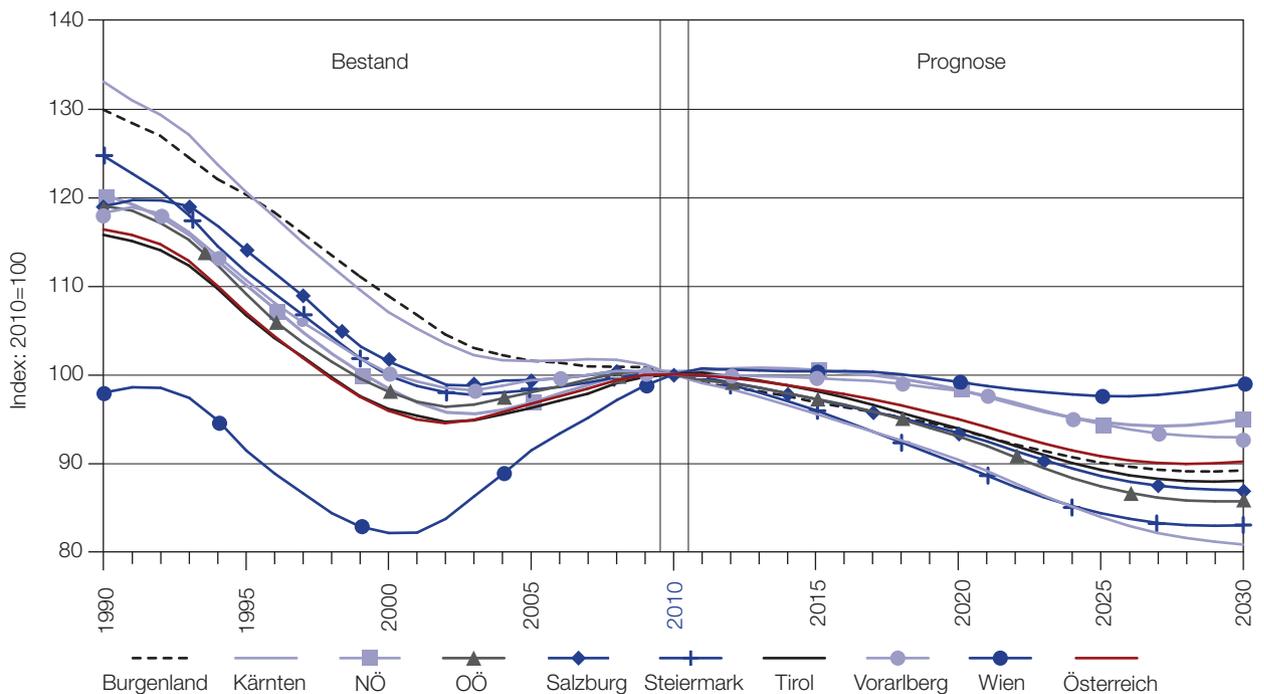


Abb. A1.b: Entwicklung der Bevölkerung im schulpflichtigen Alter (6 bis 14 Jahre) zwischen 1990 und 2030 nach Bundesland



Quelle: Statistik Austria, Berechnung und Darstellung: IHS.

Abb. A1.c: Entwicklung der Bevölkerung im weiterführenden Schul- und Hochschulalter (15 bis 29 Jahre) zwischen 1990 und 2030 nach Bundesland



Quelle: Statistik Austria, Berechnung und Darstellung: IHS.

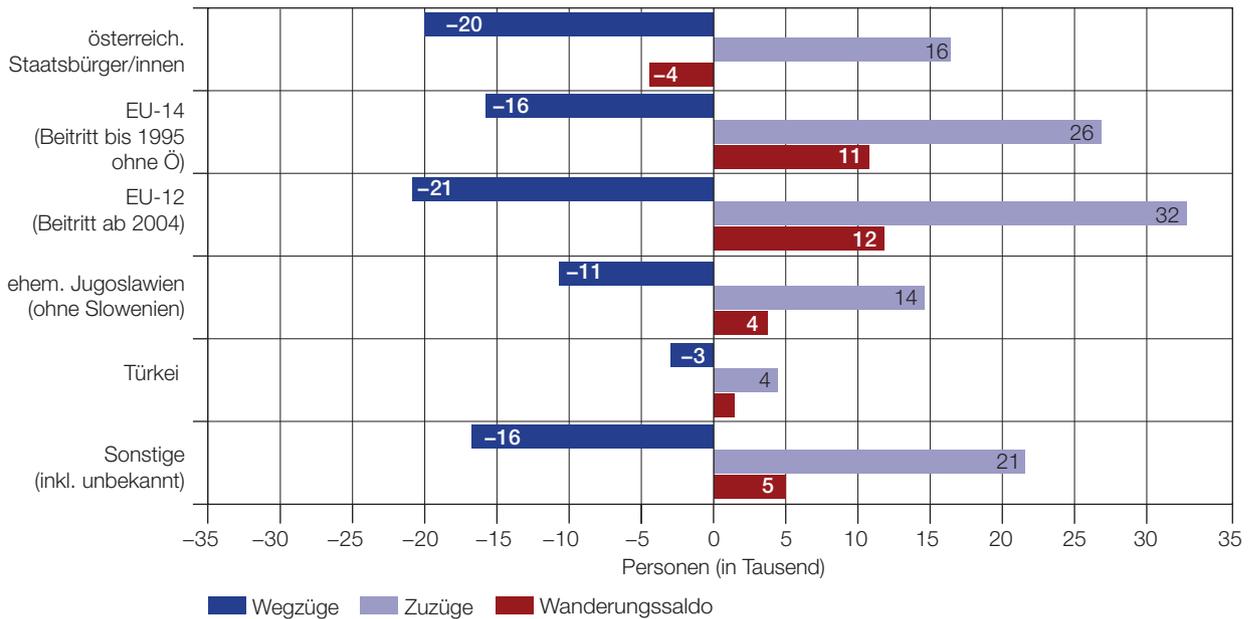
Rund ein Fünftel
der Bevölkerung hat
Migrationshintergrund

„alten“ EU-Länder zum Zeitpunkt des Beitritts Österreichs. Staatsbürger/innen der typischen „Gastarbeiterländer“ – Staaten des ehemaligen Jugoslawiens (ohne Slowenien) sowie die Türkei – haben dagegen vergleichsweise geringe Wanderungsbewegungen. Das Wanderungssaldo von Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft ist negativ, hier stehen 16.100 Zugezogene 20.300 Weggezogenen gegenüber.

Der Anteil der Personen mit nicht österreichischer Staatsbürgerschaft betrug 2010 knapp 11 %: 4 % gehören anderen EU-Staaten an, 3,5 % haben eine Staatsbürgerschaft des ehemaligen Jugoslawiens, 1,3 % haben die türkische Staatsbürgerschaft und die restlichen knapp 2 % entfallen auf andere europäische Staaten (0,5 %) sowie andere Kontinente (1,4 %).

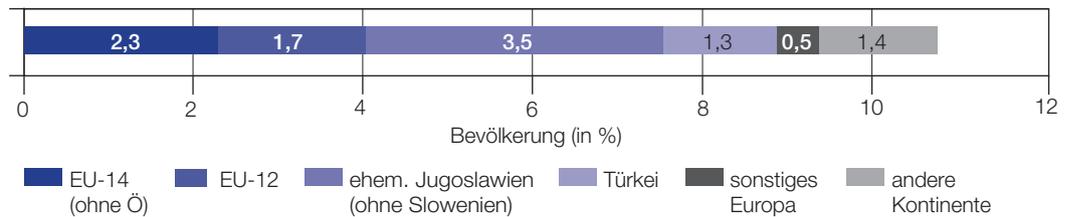
Im Vergleich zur Staatsbürgerschaft gibt der Geburtsort einer Person bzw. ihrer Eltern besser Auskunft darüber, ob ein Migrationshintergrund vorliegt oder nicht. Personen, die selbst und deren Eltern im Ausland geboren wurden, bezeichnet man als Migrantinnen und Migranten der ersten Generation. Sind nicht sie selbst, aber beide Elternteile im Ausland geboren, so spricht man von Migrantinnen und Migranten der zweiten Generation. Insgesamt haben Schätzungen auf Basis des Mikrozensus zufolge knapp ein Fünftel der in Österreich lebenden Personen einen Migrationshintergrund: 14 % gehören der ersten Generation an und weitere 5 % der zweiten Generation, wobei erhebliche regionale Unterschiede bestehen (Siehe Abbildung A1.f). In der Großstadt Wien ist der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund mehr als doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Aufgrund der dominanten ländlichen Prägung in den anderen Bundesländern ist der Anteil an Migrantinnen und Migranten hier deutlich niedriger und bewegt sich zwischen rund 10 % (Burgenland, Steiermark, Kärnten) und 22 % in Vorarlberg. Der relativ große Anteil der Migrantinnen/Migranten erster Generation im Vergleich zu denen der zweiten Generation gilt jedoch nur für die Gesamtbevölkerung. Unter den Kindern und Jugendlichen dreht sich dieses Verhältnis um, die Mehrheit dieser Gruppe gehört zur zweiten Generation.

Abb. A1.d: Zu- und Wegzüge nach Staatsbürgerschaft (2010)



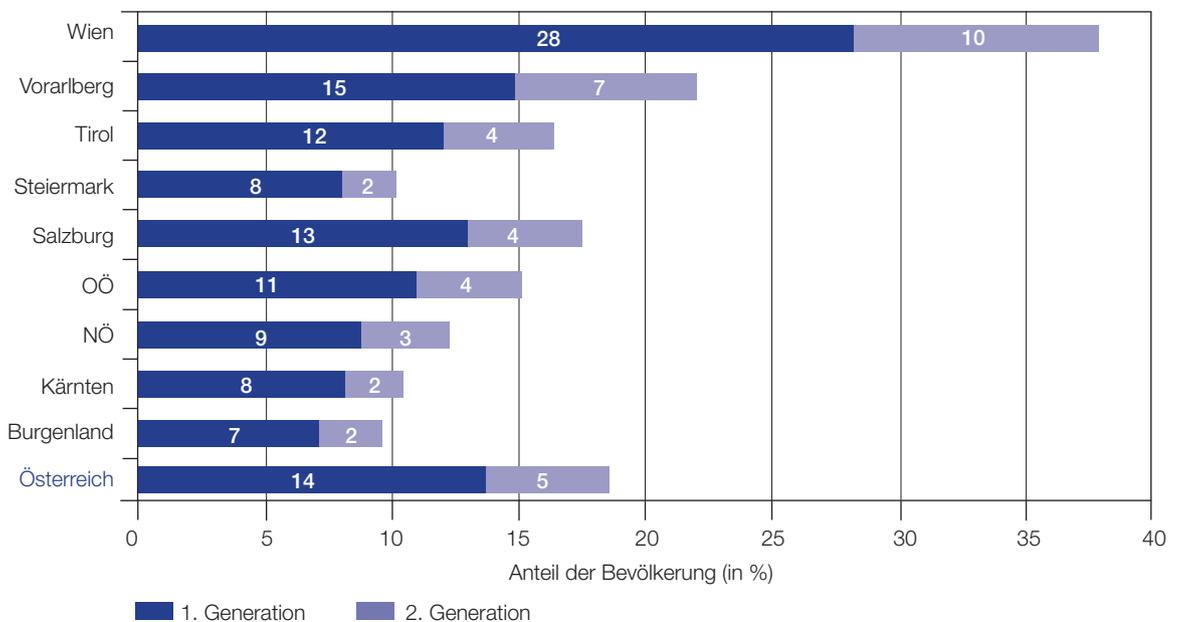
Quelle: Statistik Austria, Berechnung und Darstellung: IHS.

Abb. A1.e: Anteil ausländischer Bevölkerung nach Staatsbürgerschaft (2010)



Quelle: Statistik Austria, Berechnung und Darstellung: IHS.

Abb. A1.f: Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Bundesland (2010)



Quelle: Statistik Austria, Berechnung und Darstellung: IHS.

A2 Der sozioökonomische Hintergrund der österreichischen Schüler/innen

Die familiäre und soziale Herkunft von Kindern ist ein wesentlicher Kontextfaktor der Schule. In Österreich besteht ein starker Zusammenhang zwischen Herkunft und Schulerfolg (NBB Band 2, Kapitel 5). Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund, niedrigem sozioökonomischem Status oder Bildungsniveau haben häufig eine schlechtere Ausgangslage, um in der aktuellen Schule erfolgreich zu sein. Ihre Familien sind häufig weniger mit dem schulischen System und dessen Inhalten vertraut und weniger in der Lage ihre Kinder inhaltlich oder bei Schulwegsentscheidungen zu unterstützen. Insbesondere die etwaige mangelhafte Beherrschung der Unterrichtssprache stellt ein Risiko für den Schulerfolg dar.

Aus der Baseline-Erhebung zur Überprüfung der Bildungsstandards im Jahr 2009/10 liegen für die 4. Schulstufe solide Daten zum Bildungsstand und zum beruflichen Status der Eltern, dem Migrationshintergrund und dem Sprachgebrauch der Kinder vor. Die 4. Schulstufe wird hier stellvertretend für den Bereich der Volksschule und Sekundarstufe I dargestellt.

A2.1 Bildungshintergrund der Eltern

Abbildung A2.a stellt die Bildungsherkunft der Volksschulkinder dar, der durch den höchsten Bildungsabschluss der Eltern operationalisiert wird. Dieser gilt als Indikator der Bildungsnähe der Familie, von der man annimmt, dass sie deren kulturelle und kommunikative Praxis prägt. Die Bildungsherkunft der Schüler/innen unterscheidet sich vom Bildungsstand der Erwachsenenbevölkerung. So sind die meisten Eltern jünger und somit häufig besser ausgebildet als der Bevölkerungsdurchschnitt. Dies gilt insbesondere für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund.

Jede/r zweite einheimische Volksschüler/in hat Eltern mit wenigstens Matura

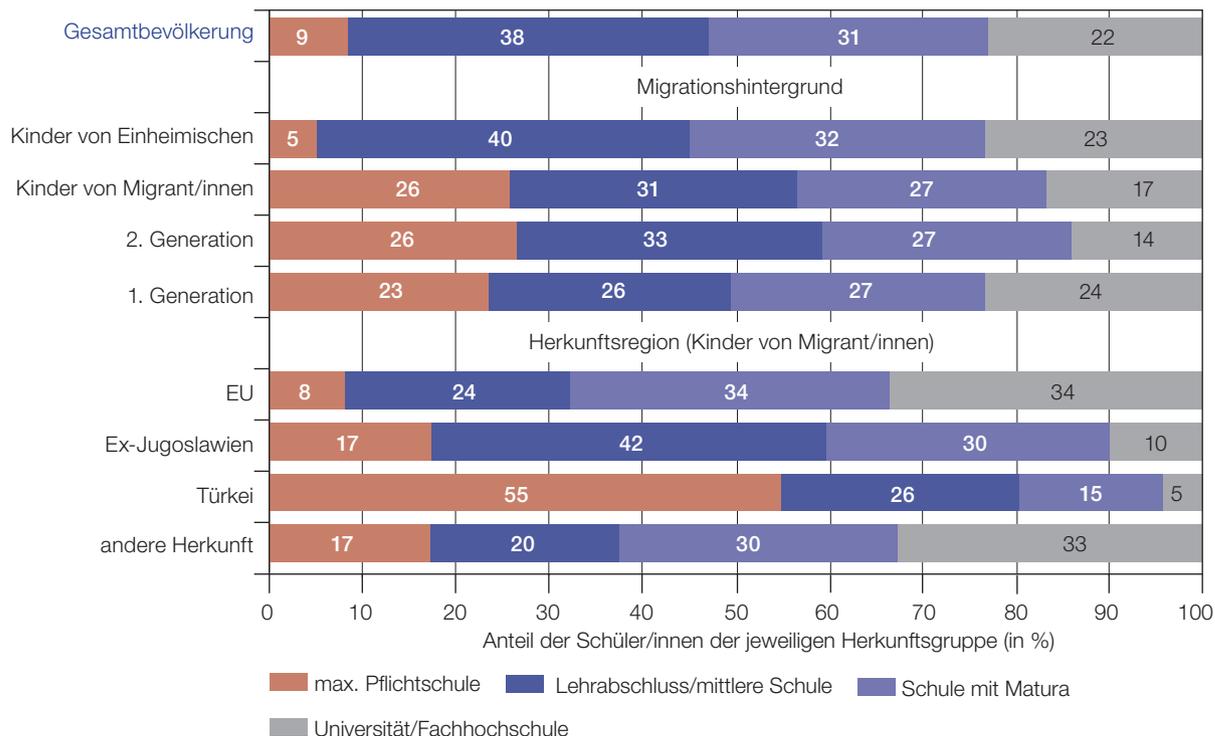
Mit dem Anstieg des Bildungsniveaus der Bevölkerung sinkt der Anteil jener Eltern mit maximal Pflichtschulabschluss. In der 4. Schulstufe haben 55 % der Kinder einheimischer Eltern mindestens einen Elternteil mit mindestens Matura und nur 5 % haben Eltern mit lediglich Pflichtschulabschluss. Der Bildungsstand der zugezogenen Eltern ist im Schnitt geringer, allerdings auch sehr heterogen. Das Bildungsniveau der Eltern aus dem EU-Ausland übersteigt deutlich das der Einheimischen. Schüler/innen mit türkischen Wurzeln allerdings haben zu 55 % Eltern mit maximal Pflichtschulabschluss, während dies für Familien aus dem ehemaligen Jugoslawien und den anderen Herkunftsländern nur jeweils bei 17 % zutrifft.

Im Vergleich zu den Eltern der Schüler/innen der zweiten Generation haben die Eltern der Schüler/innen der ersten Generation häufiger Abschlüsse auf Matura- und auch Hochschulniveau, da zunächst vorwiegend Gastarbeiter/innen mit niedrigem Bildungsabschluss zugewandert sind, später jedoch verstärkt EU-Bürger/innen mit einem im Schnitt höheren Bildungsniveau. Aufgrund der großen Heterogenität der zugewanderten Familien ist bei Vergleichen zwischen der ersten und zweiten Generation Vorsicht geboten, wenn Details der Herkunft nicht berücksichtigt werden.

A2.2 Sozioökonomischer Status der Familien mit Schulkindern

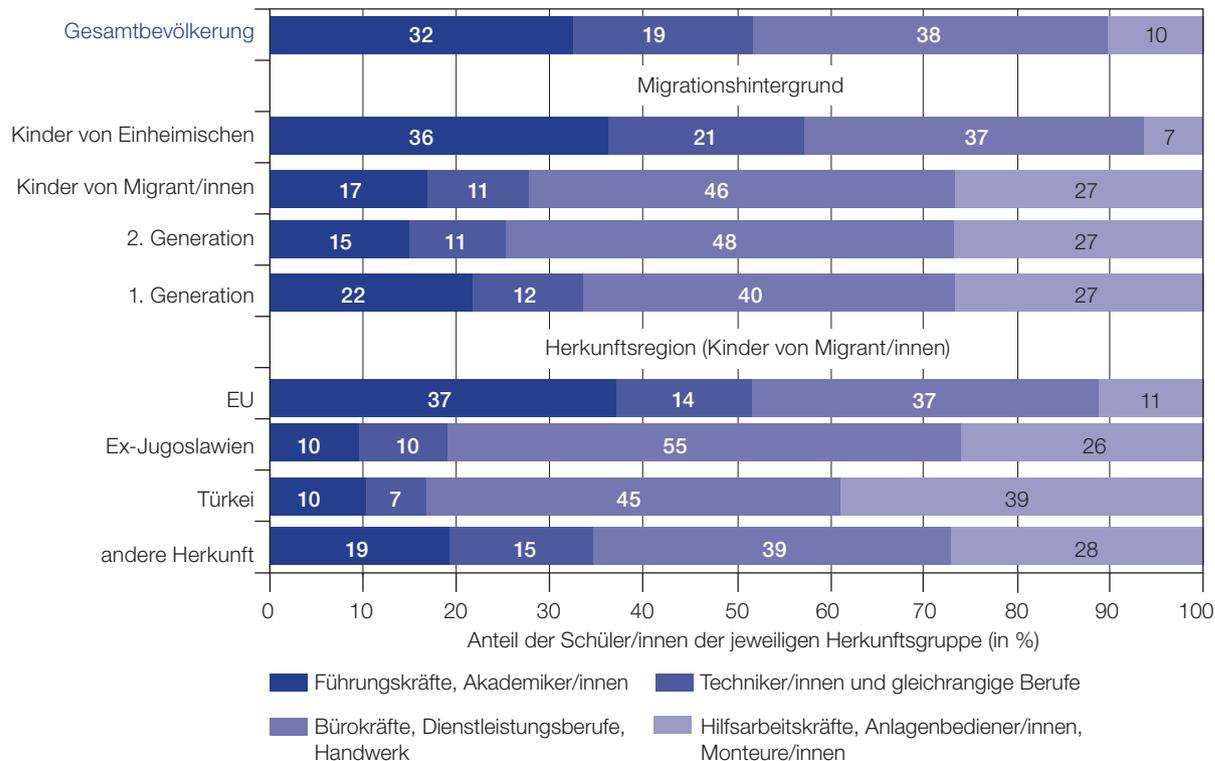
Abbildung A2.b zeigt die Verteilung der Kinder der 4. Schulstufe nach der höchsten beruflichen Stellung der Eltern. Der Berufsstatus ist ein Indikator für den ökonomischen Status der Familie und ihrer Ressourcen.

Abb. A2.a: Schüler/innen der 4. Schulstufe nach dem höchsten Bildungsabschluss der Eltern und Migrationshintergrund (2010)



Quelle: Bildungsstandards Baseline-Testung 2009/10. Berechnung und Darstellung: BIFIE.

Abb. A2.b: Schüler/innen der 4. Schulstufe nach dem höchsten beruflichen Status der Eltern und Migrationshintergrund (2010)



Quelle: Bildungsstandards Baseline-Testung 2009/10. Berechnung und Darstellung: BIFIE.

Der Anteil der Eltern mit niedrigem Berufsstatus ist unter Migranten dreimal so hoch wie bei einheimischen Familien

Österreichweit haben ein Drittel der Schüler/innen wenigstens einen Elternteil, der angibt, eine akademische bzw. eine führende Position zu haben, jedes zehnte Kind kommt aus Familien mit niedrigem Berufsstatus. Die Verteilung des sozioökonomischen Status von Migrantinnen/Migranten unterscheidet sich sowohl von dem einheimischer Eltern als auch zwischen den Herkunftsgruppen. Der Anteil der Familien mit niedrigem Berufsstatus ist bei Kindern zugezogener Eltern dreimal so hoch wie bei Kindern einheimischer Eltern. Von den Schülerinnen und Schülern türkischer Herkunft haben 39 % Eltern mit niedrige, aber nur 10 % Eltern mit höchster Berufsstellung. Ausgesprochen heterogen ist die berufliche Stellung von Eltern aus EU-Ländern, deren Anteile sowohl mit hohem oder höchstem Berufsstatus als auch mit niedrigeren Stellungen die jeweiligen Anteile von einheimischen Eltern übertreffen.

A2.3 Alltagssprache

Zwei Drittel der Schüler/innen mit Migrationshintergrund sprechen zuhause sowohl Deutsch als auch ihre Herkunftssprache

Die Beherrschung der Unterrichtssprache ist eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Teilnahme am Unterricht. Abbildung A2.c zeigt die Verteilung der Familien nach der Nutzung der deutschen Sprache als Alltagssprache. Defizite in der Unterrichtssprache sind für mehrsprachige Kinder nicht zwingend und in manchen Ländern gibt es diesbezüglich keine Leistungsunterschiede (vgl. OECD 2011). In Österreich zeigt sich aber ein starker Zusammenhang mit den Schulleistungen (siehe Indikator D6), der den Einfluss des Merkmals Migrationshintergrund überlagert und übertrifft.

In einem Sechstel der Migrantenfamilien wird kein Deutsch gesprochen.

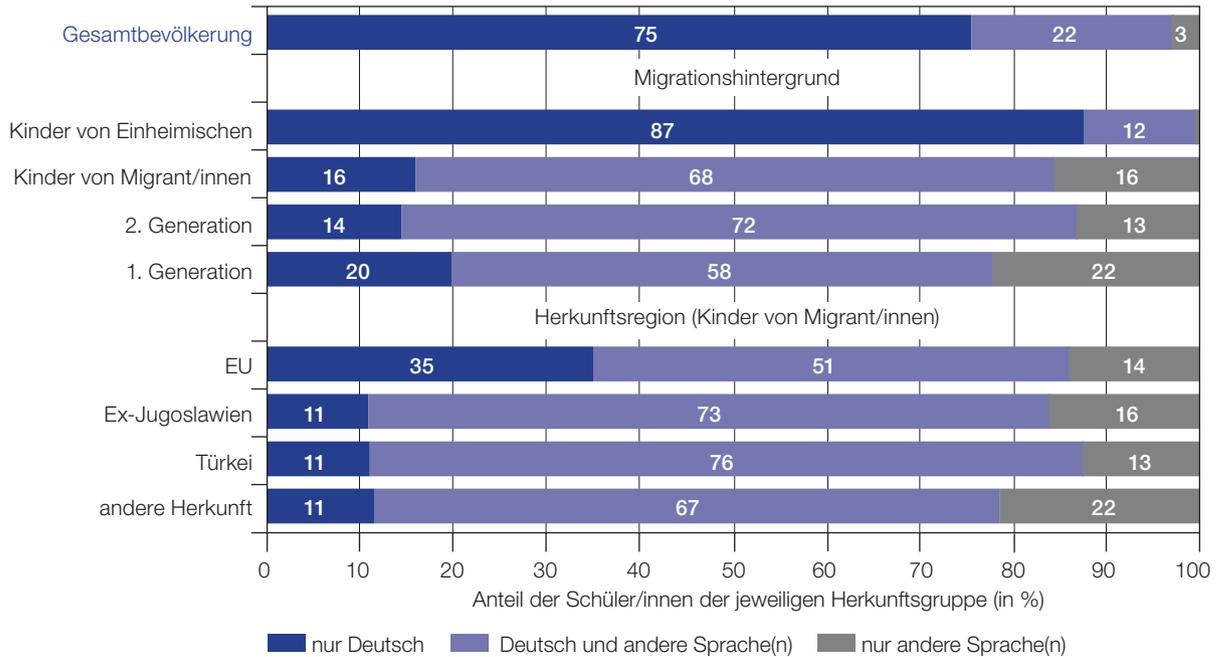
In der 4. Schulstufe kommen insgesamt 3 % der Schüler/innen aus Familien, in denen Deutsch keine Alltagssprache ist, weitere 22 % leben in mehrsprachigen Familien, in denen teilweise Deutsch gesprochen wird. Betrachtet man nur Schüler/innen mit Migrationshintergrund, sprechen 84 % zuhause Deutsch, allerdings meistens neben einer weiteren Sprache (68 %). Jedes sechste Kind dieser Gruppe spricht in seiner Familie kein Deutsch. Betrachtet man nur die im Ausland geborenen Kinder, ist dieser Anteil mit 22 % etwas höher als für Kinder der zweiten Generation mit 13 %. Zwischen den Herkunftsgruppen bestehen nur geringe Unterschiede bezüglich der Anwendung der deutschen Sprache zuhause.

A2.4 Kumulation sozioökonomischer Risiken

Die Zugehörigkeit zu den oben beschriebenen soziologischen Gruppen geht aufgrund des starken Zusammenhangs zwischen Herkunft und Schulleistung mit einem erhöhten Risiko einher, schlechte schulische Leistungen zu erbringen. Österreichweit gehören ein Drittel der Kinder der 4. Schulstufe zu mindestens einer der drei sozialen Gruppen mit erhöhtem Bildungsrisiko: nichtdeutsche Alltagssprache, bildungsferner Haushalt und/oder niedriger Berufsstatus der Eltern. Kinder, die mehreren potenziell benachteiligten Gruppen gleichzeitig angehören, sind stärker von den Folgen der Bildungsungleichheit bedroht. Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit sollten die Mehrfachzugehörigkeit zu den sozialen Gruppen beachten. 9 % der Schüler/innen weisen zwei oder mehr Herkunftsrisiken auf auf dem Land 5 %, in den Großstädten 15 %.

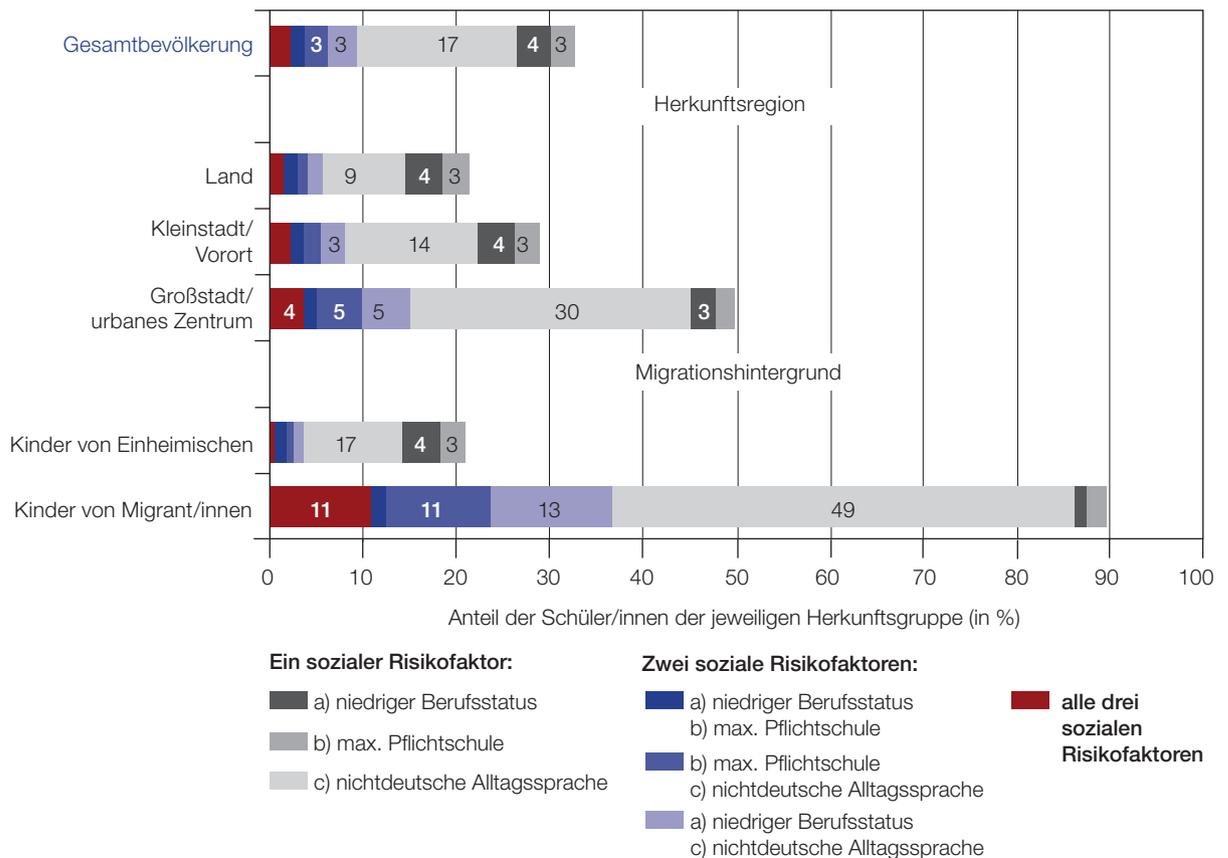
9 % der Gesamtheit fallen gleichzeitig in zwei Risikogruppen und 2 % der Kinder in alle drei. Von den Kindern einheimischer Eltern gehört jedes fünfte Kind zu einer Risikogruppe, die Anzahl jener Kinder mit zwei Risikofaktoren ist mit 3,5 % jedoch gering. Für Kinder mit Migrationshintergrund hingegen ist eine Belastung durch ein zusätzliches Risiko weit verbreitet, 36 % der Kinder dieser Gruppe haben zwei oder drei Risikofaktoren, typischerweise sprechen sie zuhause nicht Deutsch und leben zusätzlich in bildungsfernen Familien und/oder solchen mit geringem Berufsstatus. Mehrfachzugehörigkeit zu Risikogruppen ist wesentlich seltener im ländlichen Raum (5 % der Kinder) als in urbanen Zentren, wo 15 % der Kinder mehrere Risiken aufweisen.

Abb. A2.c: Schüler/innen der 4. Schulstufe nach Migrationshintergrund und Alltagssprache (2010)



Quelle: Bildungsstandards Baseline-Testung 2009/10. Berechnung und Darstellung: BIFIE.

Abb. A2.d: Anteil der Schüler/innen mit Ein- und Mehrfachrisikofaktoren nach Region



Quelle: Bildungsstandards Baseline-Testung 2009/10. Berechnung und Darstellung: BIFIE.



A3 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Bildungsausgaben

Möglichkeiten und Grenzen bildungspolitischer Planung und Gestaltung stehen in engem Zusammenhang mit der Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Kennzahl A3.1 zeigt die reale Entwicklung der gesamten staatlichen Bildungsausgaben vom Elementar- bis zum Tertiärbereich zwischen 2000 und 2010 in absoluten Zahlen sowie in Relation zur wichtigsten Größe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) und zum gesamten Bereich der öffentlichen Finanzierung, den Staatsausgaben. Kennzahl A3.2 fasst die Stellung Österreichs in ausgewählten politischen Indikatoren der EU im Vergleich zum EU-Durchschnitt zusammen und stellt die Entwicklung des Anteils der Bildungsausgaben am BIP im Vergleich zu europäischen Ländern dar.

A3.1 Bruttoinlandsprodukt, Staatsausgaben und Bildungsausgaben

BIP-Rückgang im Jahr 2009 aufgrund der Krise

Im Jahr 2010 betrug das österreichische Bruttoinlandsprodukt (BIP) rund 246 Mrd. Euro, was einem BIP pro Kopf von 29.333 Euro entspricht (jeweils zu Preisen von 2000). BIP und BIP pro Kopf sind im Jahr 2009 um jeweils fast 4 % gegenüber 2008 zurückgegangen, 2010 wurde das Niveau von 2008 (BIP) bzw. 2007 (BIP pro Kopf) fast wieder erreicht. In den beiden Krisenjahren 2009 und 2010 stieg die Staatsquote nach drei Jahren wieder auf über 50 %. Für alle Bereiche der Erstbildung vom Elementar- bis zum Tertiärbereich wurden vom Staat im Jahr 2010 insgesamt knapp 14 Mrd. Euro (zu Preisen von 2000) verausgabt. Die staatliche Finanzierung des Bildungswesens macht nach dieser Art der nationalen Berechnung der Bildungsausgaben, die auch der Kennzahl A3.2 zugrunde liegt, somit 5,7 % des BIP und 10,8 % der Staatsausgaben aus.

Bildungsanteil am BIP erhöhte sich auf 5,7 %

Die in Abbildung A3.a gezeigte grafische Darstellung der Entwicklung macht deutlich, dass bis zur Finanzkrise im Jahr 2008 die reale Entwicklung des BIP und der staatlichen Gesamt- und Bildungsausgaben seit 2000 relativ parallel verlaufen ist. Dabei wuchs allerdings das BIP stärker als die staatlichen Ausgaben, die Bildungsausgaben steigerten sich schneller als die gesamten Staatsausgaben, aber auch langsamer als das BIP. Somit wuchs der Anteil der staatlichen Bildungsausgaben an den gesamten staatlichen Ausgaben kontinuierlich an. Insgesamt verlief die Entwicklung des Anteils der Bildungsausgaben am BIP relativ konstant, d. h. der zunehmende Wohlstand verteilte sich anteilmäßig auf den Bildungsbereich. Mit der Krise im Jahr 2009 wurde der Gleichschritt unterbrochen: Staatliche Ausgaben und insbesondere die Bildungsausgaben wuchsen trotz schrumpfenden BIPs weiter an. Zwischen 2008 und 2009 erhöhte sich daher der Anteil der Bildungsausgaben am BIP von 5,2 % auf 5,7 %. Aufgrund dieser kurzfristigen Entwicklung sind damit die Bildungsausgaben von 2001 bis 2010 deutlich stärker gestiegen als das BIP und die anderen Staatsausgaben. Das reale Wachstum der staatlichen Bildungsausgaben zwischen 2000 und 2010 beträgt 28 %, das der Staatsausgaben 20 %, das des BIP 18 % und des BIP pro Kopf 13 %.

Die Höhe der aufgewendeten Mittel beeinflusst zwar die Möglichkeiten der Akteurinnen und Akteure des Bildungswesens, gibt jedoch keinerlei Auskunft über die Qualität der erbrachten Leistungen. Es ist jedenfalls nicht davon auszugehen, dass eine Steigerung der Bildungsausgaben automatisch zu besseren Ergebnissen führt. Die Bewertung der Effektivität und Effizienz des Bildungswesens kann nur durch einen Vergleich der eingesetzten Ressourcen mit den erbrachten Leistungen unter Bezugnahme auf festgelegte Ziele erfolgen. Quantitativ messbare Größen spielen dabei eine wichtige Rolle, können jedoch nicht das gesamte Spektrum der Leistungserbringung abdecken.

Tabelle A3.a: Staatliche Bildungsausgaben, Bruttoinlandsprodukt und Staatsausgaben in Österreich von 2000 bis 2010, zu Preisen von 2000

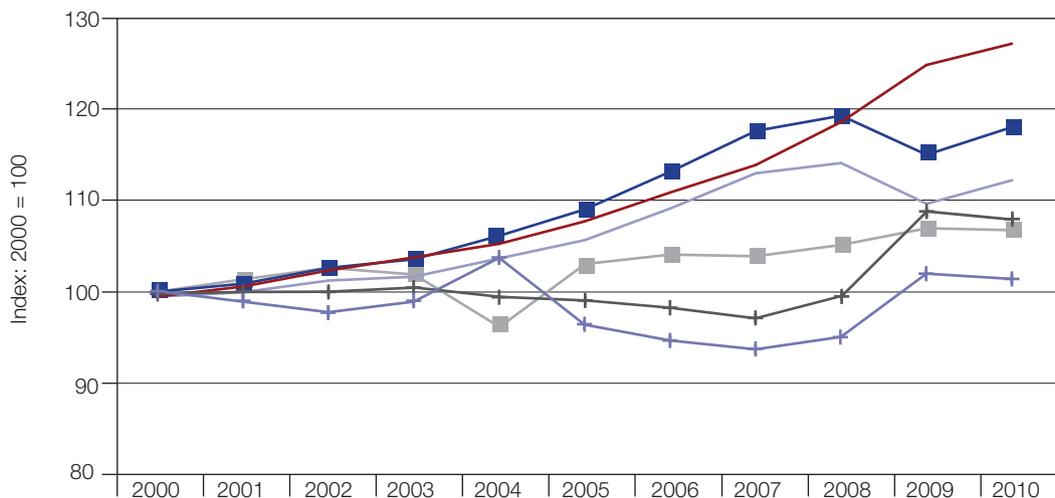


Jahr	Staatliche Bildungsausgaben (Mio. €)	BIP (Mio. €)	BIP pro Kopf (€)	Staatsquote (Staatsausgaben als % des BIP)	Bildungsausgaben	
					Als % des BIP	als % der Staatsausgaben
2000	10.953	208.474	26.020	51,9 %	5,3	10,1
2001	11.072	210.300	26.145	51,3 %	5,3	10,3
2002	11.266	213.915	26.471	50,7 %	5,3	10,4
2003	11.421	215.872	26.586	51,3 %	5,3	10,3
2004	11.585	221.258	27.084	53,8 %	5,2	9,7
2005	11.853	227.244	27.631	50,0 %	5,2	10,4
2006	12.201	235.842	28.525	49,1 %	5,2	10,5
2007	12.528	245.103	29.527	48,6 %	5,1	10,5
2008	13.043	248.591	29.822	49,3 %	5,2	10,6
2009	13.728	239.697	28.661	52,9 %	5,7	10,8
2010	13.985	246.045	29.333	52,6 %	5,7	10,8

Anmerkung: Alle Angaben mittels OECD-BIP-Deflatoren auf das Preisniveau von 2000 umgewandelt.

Quelle: Statistik Austria (Bildungsausgaben, Öffentliche Finanzen, VGR), OECD, Berechnung: IHS.

Abb. A3.a: Basisindikatoren für Ausgaben 2000 bis 2010 zu Preisen von 2000



—■— Staatl. Bildungsausg.	100	101	103	104	106	108	111	114	119	125	128
—■— BIP	100	101	103	104	106	109	113	118	119	115	118
—■— BIP/Kopf	100	100	102	102	104	106	110	113	115	110	113
—+— Staatsquote	100	99	98	99	104	96	95	94	95	102	101
—+— Bildausg./BIP	100	100	100	101	100	99	98	97	100	109	108
—■— Bildausg./Staatsausg.	100	101	103	102	96	103	104	104	105	107	107

Anmerkung: Staatsausgaben im Jahr 2004 sind wegen Abschreibungen bei der ÖBB nicht mit den Jahren 2003 und 2005 vergleichbar.

Quelle: Statistik Austria, Berechnung und Darstellung: IHS.

A3.2 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Bildungsausgaben im internationalen Vergleich

Abbildung A3.b vergleicht Österreich im Hinblick auf ausgewählte Strukturindikatoren mit dem Schnitt der EU-27-Staaten und zeigt Österreichs gegenwärtig solide Rahmenbedingungen auf.

Österreich will BIP-Ausgaben für Forschung & Entwicklung bis 2020 auf 3,76 % erhöhen

Innovation steht im Zentrum der Europa-2020-Strategie der EU. Trotz Finanzierungsgespässen sollten die bereitgestellten Mittel sowohl für Bildung als auch für Forschung und Entwicklung (F & E) ausgeweitet werden. Ein Kernziel der europäischen Strategie ist es deshalb, dass im Jahr 2020 3 % des BIP der EU für F & E aufgewendet werden. Dieses ehrgeizige Ziel bedeutet eine Erhöhung um 50 %, denn im Jahr 2010 verausgabten die EU-27 nach einer Schätzung von Eurostat insgesamt 2 % ihres BIP für F & E. In Österreich haben sich die Ausgaben für F & E seit 2000 erheblich besser entwickelt als im Rest der EU-27-Länder, 2010 wurden einer vorläufigen Schätzung zufolge mit 2,76 % des BIP deutlich mehr Mittel aufgewendet als beim EU-Durchschnitt (vgl. relative Darstellung in Abbildung A3.b). Das nationale Ziel von 3,76 % des BIP bis 2020 ist jedoch anspruchsvoll, es verlangt eine Steigerung um ein Drittel.

Auch der Wohlstand Österreichs, gemessen am BIP pro Kopf, liegt deutlich und stabil über dem Durchschnitt der EU-27. Der Anteil des BIP, der in Österreich für Bildung ausgegeben wird, ist ebenfalls überdurchschnittlich, allerdings nicht in dem Maße wie das BIP pro Kopf. Die Erwerbsquote der 20- bis 64-jährigen Wohnbevölkerung, einer der Leitindikatoren der Europa-2020-Strategie, betrug im Jahr 2010 in Österreich 74,9 % (2011: 75,2 %) und lag damit rund 10 % über dem EU-Durchschnitt. Das EU-Ziel bis 2020 wurde auf 75 % festgesetzt (Stand 2010 und 2011: 68,6 %), das österreichische Ziel auf 77 %. Die überdurchschnittliche Erwerbsquote der 20- bis 64-Jährigen in Österreich geht einher mit einer unterdurchschnittlichen Erwerbsquote der Älteren (55 bis 64 Jahre), obwohl hier in den vergangenen Jahren im Vergleich zum EU-Durchschnitt deutlich aufgeholt wurde.

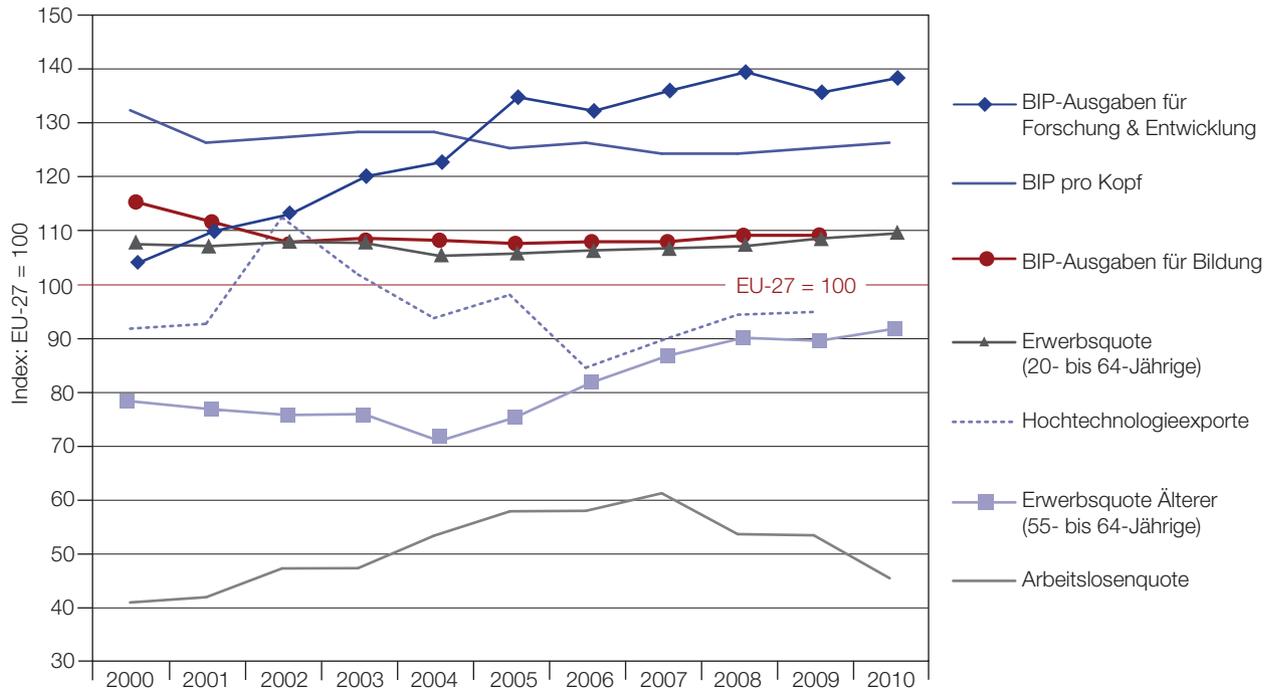
Arbeitslosigkeit im EU-Vergleich niedrig

Im EU-Vergleich hat sich die niedrige Arbeitslosigkeit in Österreich zwischen 2000 und 2007 schlechter entwickelt als im EU-27-Schnitt und ist von rund 40 % der EU-Arbeitslosigkeit auf ca. 60 % des EU-Wertes angestiegen. Seit der beginnenden Krise 2008 stieg in Österreich die Arbeitslosigkeit weniger stark an als im EU-Durchschnitt und im Jahr 2010 sank sie wieder, während sie in der EU weiter anstieg. In Österreich wurde im Jahr 2010 fast wieder das sehr niedrige relative Niveau von 2000 erreicht.

Die Entwicklung des Anteils der öffentlichen Bildungsausgaben am BIP ist in Abbildung A3.c im Vergleich mit wichtigen europäischen Ländern dargestellt. In Österreich ist die Tendenz zwischen 2000 und 2008 leicht rückläufig, der relativ starke Anstieg des Indikators im Jahr 2009 ist gleichermaßen sowohl auf den Einbruch des BIP als auch einen realen Anstieg der Bildungsausgaben zurückzuführen. Wurden im Jahr 2000 rund 5,7 % des BIP seitens des Staates für Bildung aufgewendet, so lag dieser Wert 2009 bei 6 %. Die nordischen Länder verwenden den höchsten BIP-Anteil für Bildung, insbesondere Dänemark. Österreich befindet sich über dem EU-27-Schnitt und liegt damit mit den Niederlanden, Frankreich, dem Vereinigten Königreich und der Schweiz auf ähnlichem Niveau. Deutschland verausgabte bis 2008 deutlich weniger als 5 % des BIP für Bildung, im Jahr 2009 lag der Anteil über dieser Marke.

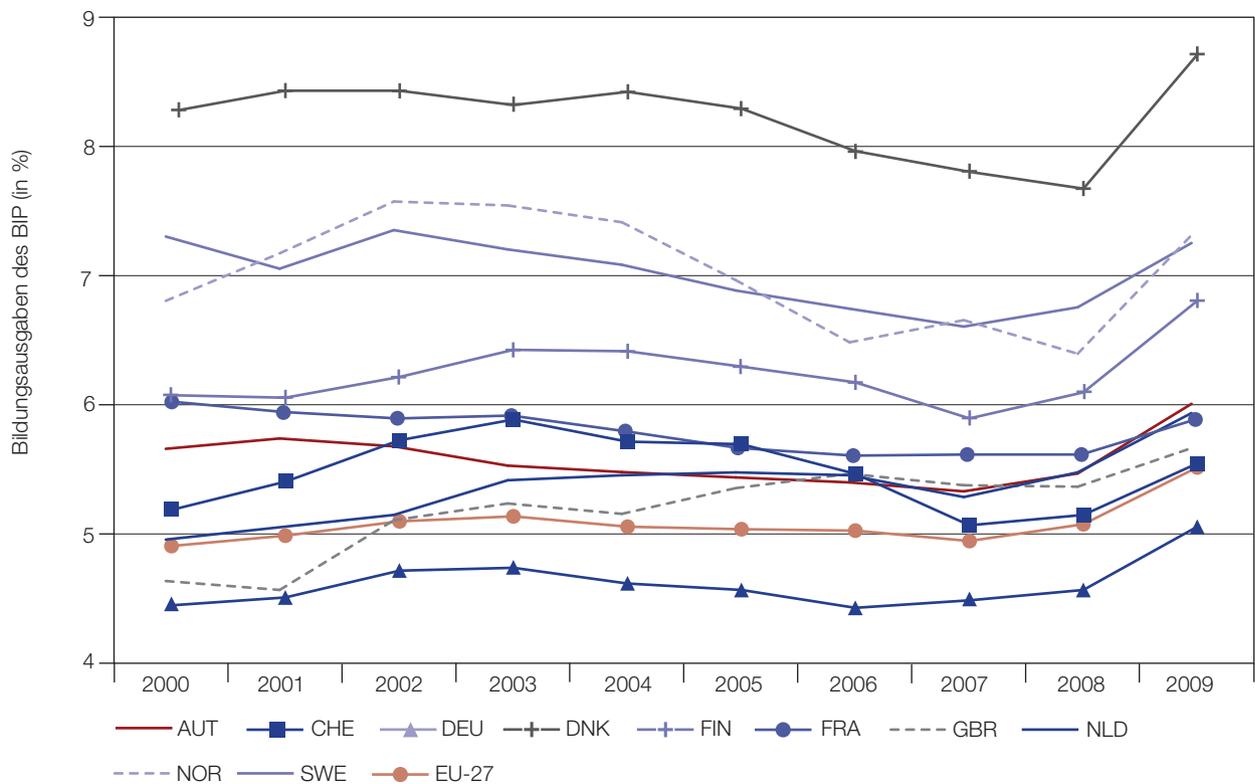


Abb. A3.b: Relative Stellung Österreichs in ausgewählten EU-Strukturindikatoren im Vergleich zum Durchschnitt der EU-27 (2000 bis 2010)



Quelle: Statistik Austria, Berechnung und Darstellung: IHS.

Abb. A3.c: Entwicklung der gesamten öffentlichen Bildungsausgaben im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt (2000 bis 2009)



Quelle: Statistik Austria, Berechnung und Darstellung: IHS.

OECD (2011). *Education at a Glance 2011*. Deutsche Übersetzung: Bundesministerium für Bildung und Forschung, Deutschland. Bildung auf einen Blick 2011. Zugriff am 27. 11. 2012 unter: <http://www.oecd-ilibrary.org/docserver/download/9611045e.pdf?expires=1354007380&id=id&accname=oid009547&checksum=23FD2B52926D5ED8096983D23131EC93>.